

A b d r u c k  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses  
von Montag, den 22.09.2014,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	17:50 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.**

**Für den in der Zeit von 17:50 Uhr bis 18:00 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Dietmar Fieger  
Herr Dr. Heinz Kaiser  
Herr Thomas Köhler  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Herr Matthias Luxem  
Frau Petra Münzel  
Herr Günther Oettinger  
Herr Jürgen Reinhard  
Herr Stefan Schwab  
Herr Roland Weber

**Entschuldigt gefehlt hat:**

**Ausschussmitglied**

Herr Peter Schmitt

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Frau Seidel, UB1  
Herr Feil, Abteilung 1  
Herr Rosel, Abteilung 3  
Herr Hofmann, Abteilung 3  
Frau Hollerbach, Schriftführerin

**Ferner haben teilgenommen:**

Herr Betz, ÖPNV-Beauftragter  
Herr Lebold, Kreisbrandrat  
Herr Klemm, BRK  
Herr Wasserer, THW

**Tagesordnung:**

- 1 Verwendung der ÖPNV-Zuweisungen 2014
- 2 Änderung der Linienbündelung im Rahmen des Nahverkehrsplans - Aufteilung der Kon-  
zession "Regiobus Miltenberg" in zwei Teile
- 3 Bericht über aktuelle Themen im ÖPNV  
  
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2014
- 3.1 a) Verbesserung der Busanbindung im Südspessart  
b) Barrierefreiheit der Bahnsteige  
c) Erhöhung der Platzkapazitäten im Bahnverkehr  
  
Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Verkürzung der Fahrzeiten für Pendler in den  
3.2 Rhein-Main Raum
- 4 Bericht über die Grundlagen des Brand- und Katastrophenschutzes
- 5 Bericht des Kreisbrandrates Meinrad Lebold über die aktuellen Anforderungen und die  
künftige Entwicklung des Brand- und Katastrophenschutzes
- 6 Bericht der THW Ortsverbände Miltenberg und Obernburg sowie des Kreisverbandes des  
Bayerischen Roten Kreuzes über die Mitwirkung im Katastrophenschutz
- 7 Antrag der CSU-Fraktion sowie Antrag der SPD-Fraktion zum Brand- und Katastrophen-  
schutz
- 8 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

## Verwendung der ÖPNV-Zuweisungen 2014

Landrat Scherf begrüßt die Teilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Entgegen der bisherigen Praxis beginnt die Sitzungsrunde nach der Sommerpause mit einer zusätzlichen Kreisausschuss-Sitzung. Dies seit dem Umstand geschuldet, dass den Themen Öffentlicher Personennahverkehr und dem Katastrophenschutz ausreichend Zeit zur Vorstellung der Themen und zum Austausch darüber gewährt werden sollte. Es ist unbestritten, dass beide Themen für den Landkreis von großer Bedeutung sind. Für den ersten Themenkomplex, den ÖPNV, begrüßt Landrat Scherf Herrn Karlheinz Betz, den Nahverkehrsbeauftragten der Region Bayerischer Untermain sowie den Abteilungsleiter, Herrn Rosel. Bevor auf die eigentliche Tagesordnung eingegangen wird, stellt Landrat Scherf die Frage, ob es jeder Kreisrätin und jedem Kreisrat bewusst war, als das Klimakonzept für die Energiewende einstimmig beschlossen wurde, dass der ÖPNV eine zentrale Bedeutung einnimmt. Dort wurde einstimmig beschlossen, dass auf der Seite 97 des Integrierten Energie- und Klimakonzeptes festgehalten wurde, dass es das Ziel des Klimakonzeptes ist, 10 % des motorisierten Individualverkehrs auf den ÖPNV zu verlagern. Das bedeutet eine Verdoppelung der Nutzung des ÖPNV. Das ist ein sehr ehrgeiziges, ambitioniertes Vorhaben. Daran müsste man arbeiten. Die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans für die Region Bayerischer Untermain kann und muss ein zentrales Steuerungsinstrument sein, damit man das Ziel auch erreichen kann.

Herr Betz geht in seinem Bericht darauf ein, ebenso auf andere wichtige Themen wie z.B. die Stärkung des ICE-Halts als Knotenpunkt für den ÖPNV der Region. Hier war eine Initiative der beiden Landräte und des Oberbürgermeisters erfolgreich. Der Ausbau des Angebots der Maintalbahn und eine bessere Vernetzung mit den Buslinien durch ein gelungenes Ausschreibungsverfahren, um mehr Qualität und Quantität auf die Schienen zu bekommen, sind wichtige Themen ebenso wie barrierefreie Bahnhöfe, Bahnhaltepunkte, barrierefreies Busfahren, attraktive, leistungsfähige Busbahnhöfe, gleichgültig ob es um Schulzentren oder den städtischen Busbahnhof am Bahnhof Miltenberg geht. Neben den Bahnhaltepunkten muss auch die Infrastruktur der Schiene ausgebaut werden. Dies war auch der Tenor des Wirtschaftsausschusses bei der Fa. Josera/Erbacher gewesen. Aktuell geschehe dies mit Investitionen in Klingenberg und Kleinheubach, um die Leistungsfähigkeit der Bahnstrecke zu erhöhen. Was auch durch die Voranmeldung unserer Bahnlinie bei der Elektrifizierung in einem ersten von vielen notwendigen Schritten gelungen ist. Die sei nur ein Überblick über die zahlreichen Themenbereiche des ÖPNV als Vorbemerkung zu dem detaillierten Bericht des ÖPNV-Beauftragten, Herrn Betz, dem der Landrat das Wort erteilt.

Herr Betz begrüßte alle Teilnehmer und erstattet zunächst seinen Bericht für die ÖPNV-Zuweisungen in 2014 und bezeichnet die Entwicklung als insgesamt positiv. Er bezeichnet den Aufwand im Vergleich zum Vorjahr als stabil.

Der Landkreis Miltenberg erhielt im Jahr 2013 eine ÖPNV-Zuweisung von **134.500 Euro**, wobei ein Aufwand von **201.543 Euro** von der Regierung von Unterfranken zugrunde gelegt wurde. Der tatsächliche Aufwand betrug **184.132,55 Euro**, eine Rückforderung in Höhe von rund 11.500 Euro ist somit zu erwarten, wobei diese mit den ÖPNV-Zuweisungen 2014 verrechnet wird. Es wird davon ausgegangen, dass der Landkreis eine ähnlich hohe Zuweisung wie im letzten Jahr geplant erhalten kann, sofern ein entsprechender Aufwand geltend gemacht wird. Der Eigenanteil bleibt bei einem Drittel festgeschrieben.

Im Jahr 2014 werden folgende, teilweise festgelegte Aufwendungen im ÖPNV geplant:

### 1. Zentrale Aufwendungen

Die Zuschüsse für Marketingmaßnahmen sollen wie im letzten Jahr im Volumen von pauschal rund 25.000 Euro beibehalten werden.

Sachkosten werden analog zum letzten Jahr mit ca. 200 Euro angesetzt.

Die zum August 2009 eingeführte Anwendung des VAB – Tarifes auf der Buslinie 8070 Miltenberg – Würzburg, verbunden mit einer Ausfallbürgschaft von maximal 10.000 Euro p.a., wurde im Jahr 2013 noch nicht abgerechnet, ist also für 2014 zu erwarten. Entsprechend dem Beschluss des Kreisausschusses wurde die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2013 begonnen, bis dato wurde noch keine Zahlung geleistet, der Gesamtanteil des Landkreises Miltenberg in Höhe von 19.670 Euro dürfte daher in 2014 abgerufen werden.

Für zentrale Aufgaben können somit Kosten von **ca. 54.870 Euro** anfallen.

## 2. Maßnahmen des Landkreises im Angebot

Die Maßnahmen im Bereich des Fahrplanangebotes sind gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 20.10.2008 für den erweiterten Spätabendverkehr auf den Linien im Obernburger Bereich sowie für den Stadtbusverkehr Amorbach mit der Verkehrsgesellschaft mbH Untermain (VU) in einem Finanzierungsvertrag von 2009 – 2015 festgelegt. Er sieht für 2014 eine Gesamtzahlsumme von 65.000 Euro vor.

Die dauerhafte Anbindung Laudenbachs an das Stadtbussystem Miltenberg wurde bis 2015 mit abschmelzenden Zahlbeträgen vereinbart. Für das Jahr 2014 ist ein fester Zahlbetrag von 13.640 Euro vereinbart. Für die testweise Einrichtung eines zweiten Fahrradbusses in der Relation Amorbach-Mudau-Eberbach, als Ergänzung des NaTourBusses der OREG, wird ein Zuschussbetrag von 10.262,85 Euro fällig.

Die im Herbst 2013 als Test beschlossenen Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Berufsverkehr im nördlichen Landkreis (Linien 60-69) mit einem Volumen von 18.504,41 Euro wurden bereits vollständig in 2013 bezahlt. Die Maßnahmen im Bereich des Stadtbusses Miltenberg im Umfang von 31.099 Euro wurden zu einem Viertel bereits in 2013 finanziert, für 2014 verbleibt noch ein Aufwand in Höhe von 23.324,25 Euro.

Das zum Schuljahresbeginn mit den Schulen und Gemeinden abgestimmte Konzept im Raum Amorbach zur Verbesserung der Durchfahrt aber auch zur Verbesserung der Erreichbarkeit des Zentrums von Amorbach für jedermann, indem die Gültigkeit der Karten auch auf Ferientage ausgedehnt wurde. Mit diesem Punkt ergibt sich ein Gesamtaufwand für Fahrplanmaßnahmen von **123.259,48 Euro** im Jahr 2014.

## 3. Investitionsmaßnahmen

Der Landkreis Miltenberg gibt seinen Gemeinden bei zwei Linien eine zusätzliche Investitionsförderung als Anreiz. Beim Bau von Unterstellhallen an Haltestellen des öffentlichen Linienverkehrs wird den Gemeinden ergänzend zur Förderung durch die Regierung von Unterfranken eine Förderung aus den ÖPNV-Zuweisungen gewährt. Derzeit sind 8 Vorhaben in 4 Gemeinden gemeldet. Sollten alle in diesem Jahr realisiert werden, so ergäbe sich ein Zuschussvolumen von ca. 23.200 Euro.

Die Nachrüstung des barrierefreien Zustiegs im ÖPNV durch die Gemeinden soll entsprechend dem Beschluss des Kreisausschusses durch eine Anteilsförderung von maximal 50% der Kosten bzw. 5.000 Euro je Haltestelle gefördert werden. Bis dato liegen 2 Anmeldungen vor, mit weiteren ist jedoch zu rechnen. Es wird vorsorglich ein Betrag von 20.000 Euro vorgesehen.

Der Gesamtaufwand für Investitionsmaßnahmen in 2014 beläuft sich daher zunächst auf ca. **43.200 Euro**.

#### 4. Gesamtaufwand

Der Gesamtaufwand im ÖPNV wird somit in 2014 bei ca. **221.329,48 Euro** liegen, von dem 70.099 Euro aus Kreismitteln aufzubringen wären.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

##### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die vorläufige Übersicht zur Verwendung der ÖPNV-Finanzmittel in 2014 zustimmend zur Kenntnis und als Arbeitsauftrag an. Die Verwaltung wird beauftragt, Nutzerzahlen der probeweise eingeführten Zusatzverkehre und Angebote für deren Fortführung einzuholen und dem Kreisausschuss vorzulegen. Daneben sollen weitere Themenfelder zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes ermittelt, Konzepte entwickelt und dem Kreisausschuss vorgelegt werden.

Tagesordnungspunkt 2:

##### **Änderung der Linienbündelung im Rahmen des Nahverkehrsplans - Aufteilung der Konzession "Regiobus Miltenberg" in zwei Teile**

Herr Betz erläutert die Beschlussvorlage. Bei der Erstellung des derzeit gültigen Nahverkehrsplans im Jahre 2007 wurde eine Bündelung der einzelnen Linien zu Linienbündeln vorgenommen. Ziel war es, zusammenhängende Netze auch als gemeinsames Paket in einer Genehmigung zu konzentrieren und dabei starke Haupt- mit zuführenden Nebenlinien in einer gemeinsamen verkehrlichen und wirtschaftlichen Einheit zusammenzuführen.

Im südlichen Teil des Landkreises Miltenberg wurden die Linien unter Betriebsführerschaft der Fa. Ehrlich-Touristik auf die zwei Bündel „Stadtbus Miltenberg“ und „Regiobus Miltenberg“ aufgeteilt.

Zum Bündel „Stadtbus Miltenberg“ gehören die dem eigentlichen Stadtverkehr dienenden Linien 80, 82, 83, 85 und 88 mit zusammen rund 280.000 Nutzwagenkilometern pro Jahr.

Alle anderen, eher weiter in die Region hinausführenden Linien wurden im Bündel „Regiobus Miltenberg“ zusammengefasst, der Umfang des Bündels ist daher mit rund 750.000 Nutzwagenkilometer pro Jahr relativ groß.

Die Aufgabenträger im ÖPNV sind über das zum 01.01.2013 novellierte Personenbeförderungsgesetz gehalten, möglichst mittelstandsfreundliche Bündel zu schaffen.

Auch die in der EU-Verordnung 1370/2007 enthaltene Option einer Direktvergabe an einen Betreiber ist an Grenzen des Leistungsumfanges gebunden.

Mit der jetzt vorgenommenen Neuordnung des Verkehrsangebotes im Raum Amorbach entstand ein abgeschlossenes Netz in diesem Teilbereich des Landkreises mit einem Leistungsumfang von rund 300.000 Nutzwagenkilometern.

Es ist daher sinnvoll, dieses Netz als eigenes Bündel „Regiobus Amorbach“ zu definieren und somit die Größe des verbleibenden Bündels „Regiobus Miltenberg“ zu vermindern.

Das Linienbündel „Regiobus Amorbach“ besteht aus den Linien:

- 86 Kirchzell – Amorbach – Kleinheubach – Glanzstoffwerke
- 92 Stadtverkehr Amorbach (bisher 89)
- 94 Amorbach – Weilbach – Weckbach – Gönz (bisher 84 bzw. 84.4)
- 95 Amorbach – Kirchzell – Ottorfszell - Watterbach/Breitenbuch (bisher 84 bzw. 84.5)
- 96 Amorbach – Buch – Preunschen – Mörschenhard – Mudau (bisher 84.5)
- 97 Amorbach – Neudorf – Reichartshausen (bisher 84.1)
- 98 Amorbach – Beuchen – Boxbrunn (bisher 84.2)
- 99 Amorbach – Hambrunn – Zittenfelden (bisher 89 bzw. 84.3)

Als „ausreichendes Verkehrsangebot“ wird der zum 01.09.2014 in Kraft tretende Fahrplan auf den oben aufgeführten Linien definiert.

Das Linienbündel „Regiobus Miltenberg“ besteht dann neu aus den Linien:

- 81 Miltenberg – Großheubach – Eschau/Klingenberg – Erlenbach
- 87 Miltenberg – Wensdorf – Monbrunn – Schippach – Berndiel
- 90 Miltenberg – Stadtprozelten – Wertheim
- 91 Eschau – Altenbuch – Stadtprozelten – Wertheim

Als „ausreichendes Verkehrsangebot“ wird der derzeitige Fahrplan auf den oben aufgeführten Linien definiert.

Die beschriebene Vorgehensweise ist mit dem betroffenen Verkehrsunternehmen und der Genehmigungsbehörde abgestimmt.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der vorgeschlagenen Aufteilung des bisherigen Linienbündels „Regiobus Miltenberg“ in die zwei neuen Bündel „Regiobus Miltenberg“ und „Regiobus Amorbach“ zu.

Tagesordnungspunkt 3:

### **Bericht über aktuelle Themen im ÖPNV**

Herr Betz erörtert den Bundesverkehrswegeplan und die Planungen für 2015 anhand einer Präsentation. Der Landrat ergänzt dazu, dass es darum geht, zwischen Frankfurt und Würzburg in 60 Minuten fahren zu können. Deshalb sei es im Hinblick auf den ICE-Halt Aschaffenburg ein existenzielles Projekt, so dass die Abkürzung über die Mottgersspange nicht gebracht würde, wenn der ICE weiterhin über Aschaffenburg fährt.

Im Rahmen dieses Punktes werden die beiden Anträge der Freien Wähler und der SPD beraten.

Dr. Fahn stellt den Antrag der Freien Wähler, die Direktverbindung von Miltenberg nach Frankfurt (Hanau-Express) wiederherzustellen.

Landrat Scherf führt aus, dass erst eine Elektrifizierung der Maintalbahn bedeuten würde, dass ein Fahrplankonzept mit einem umsteigefreien Transport nach Hanau und Frankfurt überhaupt möglich wäre. Erst wenn die Strecke elektrifiziert ist, können Züge in Miltenberg und in Würzburg so starten, dass sie in Aschaffenburg zeitgleich ankommen, drei Minuten

versetzt, koppeln und gemeinsam als RE nach Frankfurt fahren. Er wiederholt, dass diese Anbindung nur durch Elektrifizierung möglich sei. Was die Westfrankenbahn lobenswerterweise mit dem Hanau-Express ermöglicht hat, scheitert an der zu geringen Kapazität auf der Bahnstrecke Frankfurt-Hanau-Aschaffenburg. Es gelingt nicht, die dieselbetriebenen Züge dauerhaft durchfahren zu lassen. In Aschaffenburg sei es auch daran gescheitert, dass wenn der ICE leichte Verspätung hatte, die Durchführung zu kompliziert war. Die einzige Lösung sei daher die Elektrifizierung der Strecke, weil dann durchgehend gefahren werden kann.

Landrat Scherf erläutert weiter, dass die Entscheidung zur Vergabe der Verkehrsleistung im Laufe des Jahres 2015 fallen soll, die Übergabe jedoch erst 2018 erfolgen soll. Es gehe dabei um ein sauberes Vergabeverfahren. Dringend sei es, dass das Fahrplankonzept vielleicht bereits im Dezember 2016 umgesetzt werden kann mit dem 30-Minuten-Takt. Landrat Scherf stellt fest, dass der Antrag der Freien Wähler in die richtige Richtung gehe. Dazu finden Gespräche mit Bundestagsabgeordneten statt und bestehen Kontakte zum Ministerium in Stuttgart. Es gehe hier um ein langfristiges Projekt, im Bundesverkehrswegeplan zu verbleiben. Die Bedingungen der Bahnstrecke seien nicht optimal. Landrat Scherf verweist auch auf ein Gespräch mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, Dr. Niggel, im November in München. Der Antrag wird zur Kenntnis genommen, an der Realisierung werde gearbeitet. Landrat Scherf schlägt vor, den Antrag zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

#### **B e s c h l u s s :**

Der Antrag der Freien Wähler wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Landrat Scherf bittet nun Herrn Dr. Kaiser, den Antrag der SPD zu erläutern. Bei dem Antrag geht es einmal um die Busanbindung vom Südspezzart und dort zwei Busverbindungen einzurichten, einmal mittags gegen 12:30 Uhr in Richtung Wertheim um ca. 13:00 Uhr und 16:30 Uhr (Milttenberg).

Zum anderen gehe es um den barrierefreien Einstieg sowie um die Erhöhung der Kapazität, da die überfüllten Schülerzüge morgens oft dazu führen, dass Reisende nicht mehr mitfahren können.

Landrat Scherf führt aus, dass im Ausschreibungsverfahren mehr Kapazitäten vorgesehen sein, zum anderen werden immer zum Jahresbeginn zu geringe Kapazitäten gemeldet, diese aber oft durch zusätzliche Fahrten aufgefangen werden.

Für die barrierefreien Einstiege können die Mittel nicht verwendet werden. Landrat Scherf wird dieses Thema in seinem Gespräch mit Dr. Niggel in München vortragen, da die Bayerische Eisenbahngesellschaft sei. Zur Umsetzung der Direktfahrten sucht man nach Kapazitäten und Leerfahrten. Zur Situation im Südspezzart teilt Herr Betz mit, dass ein Konzept eingereicht wurde. Sobald er eine Rückmeldung erhalten habe. Landrat Scherf signalisiert die Bereitschaft der Verwaltung und betont, dass diese Angelegenheit in Bearbeitung sei.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig den

#### **B e s c h l u s s :**

Der Antrag der SPD wird in allen drei Punkten angenommen. Für Collenberg werde man nach einer unbürokratischen, einfachen Lösung suchen.

Landrat Scherf bedankt sich bei Herrn Betz für seine umfassenden Erläuterungen.

Tagesordnungspunkt 3.1:

**Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2014**

- a) Verbesserung der Busanbindung im Südspessart**
- b) Barrierefreiheit der Bahnsteige**
- c) Erhöhung der Platzkapazitäten im Bahnverkehr**

Der vorliegende Antrag der SPD vom 06.09.2014 ist unter TOP 3 behandelt worden.

Tagesordnungspunkt 3.2:

**Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Verkürzung der Fahrzeiten für Pendler in den Rhein-Main Raum**

Der vorliegende Antrag der Freien Wähler vom 10.09.2014 ist unter TOP 3 behandelt worden.

Tagesordnungspunkt 4:

**Bericht über die Grundlagen des Brand- und Katastrophenschutzes**

Landrat Scherf bittet Herrn Rosel um einen kurzen Überblick über den Aufgabenbereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Landrat Scherf erklärt, dass Herr Dr. Kaiser eine Analogie in der Frage der Zuständigkeiten erkenne und man dürfe sich auf spannende Vorträge der drei Hauptakteure des Katastrophenschutzes und des BRK freuen.

Herr Rosel gibt einen kurzen Überblick über die zwei großen Bereiche Brandschutz und Katastrophenschutz und erläutert die Aufgaben und Zuständigkeiten anhand einer Präsentation.

Landrat Scherf dankt Herrn Rosel für seine Ausführungen.

Tagesordnungspunkt 5:

**Bericht des Kreisbrandrates Meinrad Lebold über die aktuellen Anforderungen und die künftige Entwicklung des Brand- und Katastrophenschutzes**

Herr Kreisbrandrat Lebold berichtet über den Katastrophenschutz anhand einer Präsentation und gibt einen Ausblick für den Zeitraum 2014 bis 2016.

Landrat Scherf dankt Herrn Lebold für seine Ausführungen.

Tagesordnungspunkt 6:

**Bericht der THW Ortsverbände Miltenberg und Obernburg sowie des Kreisverbandes des Bayerischen Roten Kreuzes über die Mitwirkung im Katastrophenschutz**

Landrat Scherf erteilt Herrn Klemm, dem Katastrophenschutzbeauftragten des BRK- Kreisverbandes das Wort und begrüßt den Geschäftsführer des BRK, Herrn Pfeifer.

Herr Klemm stellt sich zunächst vor und berichtet über den Katastrophenschutz und das Hilfeleistungssystem des BRK anhand einer Präsentation. Abschließend äußert Herr Klemm den Wunsch, die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt in bewährter Weise fortzuführen und weiterhin einen regelmäßigen und umfassenden Informationsaustausch auch mit den politischen Gremien. Ferner wäre eine höhere Beteiligung an den Kosten zur Finanzierung des Katastrophenschutzes wünschenswert. Der derzeitige jährliche Zuschuss des Landkreises betrage derzeit 10.000 €. Er stellt klar, dass das BRK gut gerüstet und aufgestellt sei, aber es gäbe einige denkbare Szenarien, die nicht einfach zu stemmen seien. Gerade der Einsatzwert der Einheiten sei von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie z.B. Wetter, oder eventueller nachbarschaftlicher Unterstützung. Bei Massenunfällen sei man auf die Aufnahmekapazitäten der Krankenhäuser angewiesen. Schließlich sei es durch den Wegfall des Ersatzdienstes und der Zivildienstleistenden möglich, auf Teilnehmer am freiwilligen sozialen Jahr zurückzugreifen. Allerdings würden aus diesem Personenkreis die wenigsten für ehrenamtlichen Einsatz bereit sein. Die Kostensituation stellt sich so dar, dass der Kreisverband ca. 90.000 € zur Finanzierung des Katastrophenschutzes zur Verfügung stellt. Herr Klemm erwähnt ferner die Umstellung zum Digitalfunk, wobei mit einem Kostenaufwand von ca. 100.000 bis 120.000 € zu rechnen sei. Die Bezuschussung dieser Umstellung sei noch nicht abschließend geklärt. Zusammenfassend stellt Herr Klemm fest, es immer wieder Möglichkeiten gibt, sich vor Ort zu informieren, wie z. B. am kommenden Sonntag am Tag der offenen Tür in Kirchzell. Dort können die Fahrzeuge besichtigt werden.

Landrat Scherf bedankt sich für die detaillierten Ausführungen von Herrn Klemm und bezeichnet die Sitzung als eine Art Grundlagenseminar und stellt fest, dass der Landkreis grundsätzlich gut aufgestellt sein. Es sei keine Alibiaktion, sondern der Auftakt zu einem engen Austausch nicht nur über den Kreisausschuss, sondern auch im Rahmen des Katastrophen-Stammtisches, den er lieber als eine Arbeitsgruppe bezeichnen würde, in dem man rege und eng zusammenarbeiten würde.

Landrat Scherf leitet über zum Vortrag des THW mit den beiden Ortsverbänden und erteilt Herrn Wasserer das Wort.

Herr Wasserer bedankt sich bei Landrat Scherf dafür, dass er das Thema Katastrophenschutz zur Chefsache erklärt habe. Auf diese Möglichkeit habe man bereits seit langer Zeit gewartet, um vor politischen Verantwortungsträgern sprechen zu dürfen. Herr Wasserer schließt sich der Meinung des Landrats an und findet den Begriff Grundlagenseminar treffend. Herr Wasserer bittet trotz der fortgeschrittenen Zeit ebenfalls um Gehör für die Belange des THW und erläutert den Sachstand anhand einer Präsentation.

Herr Wasserer stellt sich dem Gremium zunächst vor als Ortsbeauftragter des THW Miltenberg in Personalunion mit Herrn Joachim Stark, dem Ortsbeauftragten des THW Obernburg, der an der Sitzung nicht teilnehmen kann. Herr Wasserer betont, dass er zu 100 % ehrenamtlich tätig ist.

Zum Abschluss seines Vortrags bittet Herr Wasserer die Teilnehmer auf, das THW zu fordern und zu fördern.

Landrat Scherf fasst zusammen, dass dies die Grundlage für die Zusammenarbeit in den nächsten sechs Jahren sein würde und betrachtet die drei Säulen des Katastrophenschutzes

mit den Kernbotschaften zusammen:

Bei der Freiwilligen Feuerwehr gibt es einen mehrjährigen Bedarfsplan, mit dem man sich auseinandersetzen muss, was auch geschehen würde.

Beim BRK kam die Botschaft an, sich mit dem Zuschuss des Landkreises zu beschäftigen.

Beim THW geht es um die Unterhaltskosten in Höhe von 7.200 € pro Jahr. Diese Aufgaben können nicht in der Sitzung gelöst werden. Dieses Thema wird jedoch im Kreisausschuss verbleiben und man werde den Dialog über den Katastrophenschutz-Arbeitskreis fortsetzen.

Tagesordnungspunkt 7:

### **Antrag der CSU-Fraktion sowie Antrag der SPD-Fraktion zum Brand- und Katastrophenschutz**

Landrat Scherf bittet Herrn Reinhard, den Antrag der CSU vorzustellen.

Herr Reinhard bedankt sich zunächst für die drei umfangreichen, wichtigen Vorträge. Diese haben die Positionen deutlich gemacht.

Der Antrag der CSU ist speziell auf die Feuerwehren abgestellt. Mit dem Bericht in der Sitzung wurden die meisten Fragen vorerst beantwortet, aber die CSU erwarte, dass man die Bedarfsplanung zügig abarbeitet.

Landrat Scherf bedankt sich bei Herrn Reinhard für seine Ausführungen und bestätigt, dass der Bedarfsplan der Feuerwehr, der schon in der Vergangenheit abgearbeitet wurde, soll in der nächsten Zeit im Dezember wieder behandelt werden. Neben dem Kreisausschuss gibt es aber auch den erwähnten Arbeitskreis Katastrophenschutz.

Anschließend bittet Landrat Scherf Herrn Gareus, den Antrag der SPD vorzutragen. Herr Gareus führt aus, dass die Vorträge in beeindruckender Weise die enge Vernetzung dargestellt wurde. Herr Gareus unterstützt den Antrag der CSU und erläutert, dass sein Antrag die Koordination der Zusammenarbeit betrifft. Er regt an, dass außer dem Landrat zwei weitere Ansprechpersonen zu bestimmen sind, die dann auch zur Kommandantentagung und zu dem Arbeitskreis Katastrophenschutz eingeladen werden. Diese Ansprechpersonen sollten die Verbände bei alltäglichen Belangen unterstützen und auch die Politik auf dem neuesten Stand halten.

Frau Münzel findet es problematisch, aus dem Kreistag weitere Personen für dieses Thema zu bestimmen. Sie findet es angebrachter, die einzelnen Fraktionen zu den Zusammenkünften des Arbeitskreises Katastrophenschutz einzuladen. Frau Münzel kennt das Argument, dass der Arbeitskreis zu groß werden würde, aber sie hält es für problematisch zu sagen, zwei Personen aus dem Kreisausschuss oder aus dem Kreistag zu benennen. Sie fragt sich, in welcher Form die Information an den Kreistag erfolgen würde. Sie bittet deshalb darum, diese Möglichkeit offener zu gestalten.

Landrat Scherf bietet den Fraktionen an, beim Treffen des Katastrophenschutzes Anfang November teilzunehmen.

Landrat Scherf führt weiter aus, dass noch festzulegen sei, wie oft sich der Arbeitskreis trifft, da sich einige Handlungsfelder ergeben. Es sollen tragfähige Plattformen gefunden werden. Davor werde man die Form der Beteiligung festlegen.

Dr. Kaiser zeigt sich ebenfalls beeindruckt von der Fülle der Informationen und ist der Meinung, dass zwei Ansprechpartner bestimmt werden sollen, die sich in die Materie einarbeiten und die anderen Kreisräte informieren. Er plädiert daher für zwei Ansprechpartner.

Landrat Scherf schlägt erneut vor, dieses Thema zunächst intern in den Fraktionen zu diskutieren und zu einem Ergebnis zu gelangen.

Herr Dr. Linduschka schließt sich der Meinung an, dass diese Diskussion zunächst in den Fraktionen geführt werden soll, und dort Ansprechpersonen bestimmt werden, die das Interesse und gewisse Kenntnisse besitzen und auch regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen. Da er dem Kreistag seit 25 Jahren kennt, kann er einschätzen, dass sich kaum mehr als 3-4 Personen freiwillig melden, die bereit sind, an den Treffen teilzunehmen. Er findet es wichtiger, dass interessierte Personen bestimmt werden ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit.

Herr Reinhard führt aus, dass es wichtig war, dass die Organisationen in der Sitzung berichtet und informiert haben. Er ist der Meinung, dass er keine Bewandnis und keine Befugnis zu einer über den Ausschuss hinausgehenden Beteiligung sieht.

Herr Dr. Fahn bittet darum, den Antrag zurückzustellen, da er ihm in dieser Form nicht zustimmen könne.

Landrat Scherf stellt fest, dass der Antrag der SPD zurückgestellt wird und gibt diesen als Arbeitsauftrag an die Fraktionen zurück. Er erwartet im Laufe des Oktobers eine Rückmeldung.

Der Antrag der CSU wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Landrat Scherf bedankt sich nochmals bei allen Referenten und die Delegationen von THW, BRK und Freiwillige Feuerwehr. Sie haben die Grundlage gelegt und er hofft, dass der Grundstein für eine gute Kooperation gelegt sei. Es gab eine Fülle von Informationen, die abzuarbeiten sind.

Tagesordnungspunkt 8:  
**Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

gez.

**Scherf**  
Vorsitzender

gez.

**Hollerbach**  
Schriftführerin